

Öffentliche Bekanntmachung

Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) 2005 der Verwaltungsgemeinschaft Bretten-Gondelsheim für die Darstellung einer gewerblichen Baufläche (Industriegebiet Gölshausen VII, Abschnitt im Bereich „Herrgottsäcker“), Gemarkung Gölshausen

- **Billigung des Entwurfs zur (punktuellen) FNP-Änderung mit Begründung einschließlich Umweltbericht**
- **Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Gemeinsame Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Bretten-Gondelsheim (GAV) hat in seiner Sitzung am 16. April 2012 gem. § 2 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) die Einleitung des Verfahrens zur Änderung des FNP 2005 für die Darstellung/Ausweisung einer gewerblichen Baufläche (Industriegebiet Gölshausen VII, Abschnitt im Bereich „Herrgottsäcker“, Gemarkung Gölshausen, beschlossen. In seiner Sitzung am 14. Dezember 2015 hat der GAV erstmals einen Beschluss zur Billigung des Vorentwurfs vorgenommen. Zwischenzeitlich konnte das Verfahren nicht fortgeführt werden, da mit der Regionalplanung wie auch in Bezug auf den landespflegerischen Ausgleich langwierige Abstimmungen erforderlich waren. Ohne die Berücksichtigung von zwischenzeitlichen Änderungen wäre auch die Durchführung einer vorgezogenen Bürgerbeteiligung sowie einer Beteiligung der Behörden verfahrensmäßig nicht sinnvoll gewesen. Der aktualisierte Vorentwurf zur oben angeführten (punktuellen) FNP-Änderung mit Begründung einschließlich Umweltbericht wurde in der Sitzung des GAV am 25. Juni 2020 gebilligt. Darauf folgend hat der GAV in seiner Sitzung am 30. September 2021 den Beschluss gefasst, den Entwurf zur (punktuellen) FNP-Änderung mit Begründung einschließlich Umweltbericht zu billigen sowie die Träger öffentlicher Belange u.a. und die Öffentlichkeit zu beteiligen.

Für den Geltungsbereich ist die abgedruckte Planzeichnung maßgebend.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB findet mittels Planauslage statt.

Der Entwurf zur (punktuellen) FNP-Änderung mit Begründung einschließlich Umweltbericht wird in der Zeit vom

15. Oktober 2021 bis einschließlich 15. November 2021

im Technischen Rathaus Bretten beim Amt Stadtentwicklung und Baurecht, Hermann-Beuttenmüller-Str. 6, 75015 Bretten, Zimmer 213, während der üblichen Dienstzeiten, zur Einsicht öffentlich ausgelegt.

Wesentliche Inhalte von Stellungnahmen mit Bedenken und Anregungen, die während der frühzeitigen Beteiligung eingegangen sind und in den Entwurf eingearbeitet wurden, waren:

- Anpassung Ausweisungsumfang gewerblich nutzbarer Flächen an Umfang Regionalplanänderung bzw. Bebauungsplan
- Einzelne textliche Ergänzungen im Umweltbericht und in der Begründung (Aktualisierung landespflegerischer Ausgleich/Hinweis historischer Grenzstein)

Während der vorgenannten Auslegungsfrist können Stellungnahmen zur Planung beim Amt Stadtentwicklung und Baurecht Bretten, Hermann-Beuttenmüller-Str. 6, 75015 Bretten, schriftlich oder mündlich zur Niederschrift abgegeben werden oder per E-Mail unter bauleitplanung@bretten.de abgegeben werden. Schriftlich abgegebene Stellungnahmen sollten die vollständige Anschrift des Verfassers und ggf. die genaue Bezeichnung des betroffenen

Grundstückes/Gebäudes enthalten. Die Stellungnahmen werden auf jeden Fall entgegen genommen, auch wenn Sie dieser Bitte nicht entsprechen.

Soweit personenbezogene Daten angegeben werden, werden diese auf Grund § 3 Abs. 2 BauGB ausschließlich zum Zweck der Durchführung des Verfahrens erhoben und verarbeitet. Auf weitere Hinweise zum Datenschutz, Datenerhebung und Datenschutzbeauftragten wird auf die Homepage der Stadt Bretten <http://www.bretten.de/datenschutzerklaerung> verwiesen.

Gem. § 3 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass nicht innerhalb der Auslegungsfrist abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung für das oben aufgeführte Verfahren unberücksichtigt bleiben können, sofern die Stadt deren Inhalt nicht kannte oder nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit der Planung nicht von Bedeutung ist.

Ergänzend zu § 3 Abs. 3 BauGB wird darauf hingewiesen, dass eine Vereinigung im Sinne § 4 Abs. 3 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Abs. 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes gem. § 7 Abs. 3 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Gem. § 4a Abs. 4 Satz 1 BauGB werden der Inhalt dieser Bekanntmachung bzw. diese Bekanntmachung selbst und der vom GAV gebilligte Entwurf mit Begründung und Umweltbericht ab sofort bis zum Ende der öffentlichen Auslegung zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Bretten unter www.bretten.de/wirtschaft-energie-umwelt/flaechennutzungsplan eingestellt und sind somit dort einsehbar.

Bretten/Gondelsheim, 06. Oktober 2021

Wolff
Oberbürgermeister und Vorsitzender
des Gemeinsamen Ausschusses